

Die Positionen von Redaktionen zur Verwendung gendersensibler Sprache

Beatrice Dernbach

Zusammenfassung

Seit Jahren dauert die Debatte um gendersensible Sprache in Deutschland an, insbesondere über die Verwendung von Sonderzeichen. Sie ist stark polarisiert. Einzelne Politiker, allen voran der bayerische Ministerpräsident Markus Söder, regeln die Verwendung von Sternchen und Doppelpunkten in staatlichen Einrichtungen qua Verordnung und Verbot. Daran müssen sich Medienredaktionen nicht halten. Wie bereits im Zuge der großen Rechtschreibreform in den 1990er-Jahren können sie selbst entscheiden, wie ihre Mitarbeitenden schreiben und sprechen. Es lassen sich unterschiedliche Positionen erkennen, die an eine politische Ausrichtung gekoppelt sind. Grundlegend für die Sprachverwendung einerseits und die Berichterstattung über das Thema andererseits ist die ethisch-normative Bewertung der Rolle der Medien als Beobachter der gesellschaftlichen Entwicklung. In diesem Beitrag werden diese unterschiedlichen Positionen analysiert. Betrachtet wird dabei auch, welche Auswirkungen die Verwendung KI-basierter Sprachtools haben könnten. Am Ende steht der Appell für eine Entpolemisierung der Debatte.

1. Einleitung: Warum diese Aufregung?

In den vergangenen Jahren kochte ein gesellschaftspolitisches Thema besonders hoch: Die Verwendung gendersensibler Sprache, insbesondere von Sonderzeichen wie das sogenannte Gendersternchen.¹ Um im Bild zu blei-

1 Die Autorin ist Diplom-Germanistin und Redakteurin, weshalb sie sich an den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung orientiert und nicht (mit Sonderzeichen) gendert, sondern in der Regel aus Gründen der Lesbarkeit das (grammatikalisch begründete) Generische Maskulinum verwendet. Es geht in dem Beitrag nicht um eine politische oder gar ideologische Positionierung, sondern um eine sachliche Analyse der Debatte.

ben: Politisch lief das Fass – nicht nur in Bayern – beinahe über, als Ministerpräsident Markus Söder allen bayerischen staatlichen Einrichtungen das sogenannte Gendern ab dem 1. April 2024 ausdrücklich verboten hatte (vgl. Bayerische Staatsregierung 2023). Der Freistaat steht damit nicht allein: Auch in den Bundesländern mit einer CDU-geführten Regierung Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Hessen gelten entsprechende Regeln beziehungsweise Verbote, besonders in Schulen und der öffentlichen Verwaltung.

Bereits am 24. Juni 2021 lehnte der Deutsche Bundestag einen Antrag der AfD-Fraktion mit großer Mehrheit ab, in dem diese sich gegen die „sogenannte[n] gendergerechte[n] Sprache durch die Bundesregierung“ sowie in „Drucksachen des Bundestages“ ausgesprochen hatte (AfD 2021). Begründet hatten die AfD-Parlamentarier ihren Vorstoß mit der „unnatürlichen Verunstaltung der deutschen Sprache“, mit der „ihre Verständlichkeit erheblich eingeschränkt werde“ (ebd.). Die Gegenposition nimmt entsprechend ihrer politischen Grundposition die Partei Bündnis 90/Die Grünen ein. Die Delegierten haben bei ihrer Bundeskonferenz im November 2015 einen Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache beschlossen. Die Münchner Grünen schwächen etwas ab und deklarieren, dass Gendersprache kein Zwang und kein Gesetz sei – es aber schön wäre, wenn sich niemand darüber aufrege, wenn Menschen sie verwenden (Bündnis 90/Die Grünen o.J.).

Die Medien als nicht-staatliche Einrichtungen waren und sind von gesetzlichen Regelungen nicht direkt betroffen, berichteten aber häufig (vgl. Waldendorf 2023). Das Thema erweiterte und verlagerte sich von einer linguistischen, pädagogischen und ethischen zu einer sehr polarisierten und polarisierenden politischen Auseinandersetzung. Das grundlegend Herausfordernde an der Debatte war und ist, dass es um das Kulturgut Sprache geht, das prägend ist für die generelle gesellschaftliche Entwicklung. Inwieweit feste linguistische Regeln, also Lexik und Semantik, Grammatik und Syntax gelten, oder im Gegenteil veränderbar sein müssen, um soziale Diversifizierung angemessen aufgreifen zu können, war, ist und bleibt der wesentliche Triggerpunkt (vgl. Dernbach 2024 und 2025).

Die wichtigsten Auslöser und Faktoren für die Debatte über genderinklusive Sprache sind zusammengefasst:

- Gleichberechtigungsbewegungen und Gender-Forschung fokussieren seit den 1980er-Jahren auf gesellschaftliche Ungleichheiten. Insbesondere betrachten die Vertreterinnen der Gender-Studies die Rolle der Sprache

als Ausdruck und Verstärker von Ungleichheiten. Sie sei nicht neutral, sondern spiegele, präge und festige Machtstrukturen, Geschlechterverhältnisse und Stereotype (vgl. Trömel-Plötz 1982; Pusch 1984).

- Kritik an der männlichen Norm in der Sprache: Unter anderem die emeritierte Professorin für Sozialpsychologie, Dagmar Stahlberg, hat mit Kolleginnen in mehreren experimentellen Studien starke Belege gefunden, dass sich bei genderinklusiven Formen wie „Politiker:innen“ Studienteilnehmer häufiger an Frauen erinnern als beim generischen Maskulinum – was zeige, dass Sprache reale mentale Repräsentationen beeinflusse (vgl. Stahlberg unter anderem 2001; siehe auch Braun unter anderem 2005). Die psycholinguistische Forschung (vgl. Cassaris 2025) spricht von einem „Bias“ beim generischen Maskulinum, der unbewusst stereotype Wahrnehmungen verstärke; es rufe männliche Assoziationen hervor, mache Frauen und nicht-binäre Personen unsichtbar. Deshalb sollen sie explizit in der Sprache sichtbar gemacht werden.
- Die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen haben zur rechtlichen Gleichstellung geführt. Im deutschen Grundgesetz ist die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern fixiert (Art 3 Abs. 2). Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG, 2016) verbietet Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in verschiedenen Lebensbereichen. Mit dem Selbstbestimmungsgesetz (SBGG, 2024) sollen die Änderungen des Geschlechtseintrags und Vornamens für trans-, intergeschlechtliche und nichtbinäre Personen erleichtert werden. Damit sollen Inklusion und Diversität gefördert werden.
- Öffentliche Debatten und Medienberichte rund um dieses Thema haben zugenommen, wohl auch beeinflusst vom Auftritt prominenter Persönlichkeiten und Institutionen. Die Organisationen, die sich mit den Standards der Sprache beschäftigen, allen voran die Duden-Redaktion, der Rat für deutsche Rechtschreibung (RdR 2023) und die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS 2020), haben dazu mehrfach öffentlich Stellung genommen.
- Die Veränderungen zeigen sich in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern, nicht zuletzt auch in der Politik. Müller-Spitzer und Ochs (2024) haben Debatten im Deutschen Bundestag seit den 1980er Jahren untersucht und herausgefunden, dass gendersensible Sprachformen – wie Paarformen („Bürgerinnen und Bürger“) – kein künstlicher Eingriff seien, sondern Ausdruck sich verschiebender sozialer Normen.
- Die Bevölkerung bewertet das Thema völlig anders: Auf die Frage „Finden Sie geschlechtergerechte Sprache, sogenanntes Gendern, wichtig

oder unwichtig?“ (YouGov 2023) antworteten 69 Prozent der 3500 befragten Erwachsenen mit eher und sehr unwichtig. Mit Blick auf die Parteienpräferenz schwanken die Werte zwischen 85 Prozent (AfD-Präferenz), 67 Prozent (SPD, Die Linke) und 60 Prozent (Grüne). Selbst den 12- bis 25-Jährigen ist das Gendern entweder egal oder sie lehnen es ab (77 Prozent); Unterschiede gibt es zwischen jungen Frauen (65 Prozent) und Männern (87 Prozent) (vgl. Shell 2024).

2. Die normativen Grundlagen der Genderdebatte in den Medien

Normative Grundlagen der Sprachverwendung in den Medien beruhen auf rechtlichen, ethischen und berufsbezogenen Prinzipien, die eine ausgewogene, sachliche und verständliche Berichterstattung gewährleisten sollen. Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen gehören das Grundgesetz, vor allem Artikel 5 (Pressefreiheit) sowie Artikel 1 und 2 (Persönlichkeitsrechte und Anti-Diskriminierung). Hinzu kommen Paragrafen aus dem Strafgesetzbuch wie §185 (Beleidigung) oder §130 (Volksverhetzung). Die ethischen Bedingungen sind im Pressekodex des Deutschen Presserates formuliert, insbesondere in „Ziffer 1: Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde“ und „Ziffer 12: Vermeidung von Diskriminierung“. Generell wird von Medien gefordert, die ethische Verantwortung für die öffentliche Meinung und die gesellschaftliche Wirkung von Berichterstattung zu übernehmen.

Was bedeuten diese rechtlichen und normativen Setzungen für die Frage, wie groß die Schnittmenge beziehungsweise wie tief die Kluft ist zwischen dem Selbstverständnis eines Mediums als Spiegel der Gesellschaft und Moderator des gesellschaftlichen Wandels sowie der Anerkennung sprachlicher Normierung? Unabhängig von der Positionierung in Sachen gendergerechter Sprache zeigt sich eine Gemeinsamkeit bezüglich der Funktion von Sprache im Journalismus: Sie soll klar und verständlich sein, Fakten transparent darstellen und somit die Inhalte als notwendige Grundlagen von Information und Meinungsbildung bereitstellen. Auch geschlechtergerechte Texte – darin stimmen die oben genannten Institutionen überein – sollen sachlich korrekt, verständlich, lesbar und vorlesbar sein. Auch müssen sie die Rechtssicherheit und Eindeutigkeit in öffentlicher Verwaltung und Rechtspflege gewährleisten, möglichst automatisiert übertragbar sein in andere Sprachen und das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache nicht erschweren (vgl. RdR 2021 und 2023).

Zur Verwendung von Sonderzeichen hat sich die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) bereits 2020 klar geäußert: Sonderzeichen (unter anderem Genderstern, Doppelpunkt und Unterstrich) halten die Experten für ungeeignet im Sinne der Verständlichkeit; sie empfehlen hingegen die Nennung beider Formen, die Schrägstrich-Lösung oder Alternativen wie substantivierte Partizipien (zum Beispiel „Studierende“ statt „Studenten“). Ähnlich positioniert sich der Rat für deutsche Rechtschreibung (RdR), der 2023 nochmals seine Entscheidung aus dem Jahr 2021 gegen das Gendern mit Sonderzeichen bekräftigt hat (vgl. RdR 2021 und 2023). Die Duden-Redaktion verweist darauf, dass die deutsche Sprache schon jetzt „eine Fülle an Möglichkeiten [bietet], geschlechtergerecht zu formulieren. Es gibt dafür allerdings keine Norm.“ Im Duden-Verlag sind bis dato sechs Publikationen zum Thema Gendern erschienen (unter anderem Diewald/Steinhauer 2022), die historischen und sprachwissenschaftliche Entwicklungen belegen, Strategien des geschlechtergerechten Formulierens und deren Anwendung an konkreten Beispielen vermitteln.

Empirische Studien bestätigen, dass das Thema genderinklusive Sprache sowohl im intraredaktionellen Alltag als auch im Agenda-Setting der Berichterstattung angekommen ist. Anica Waldendorf (2023) belegte in ihrer Analyse von über vier Millionen Medienartikeln aus den Jahren 2000 bis 2021, dass genderinklusive Sprache in Deutschland stark zunehme und besonders in politisch links-orientierten Medien explizit nicht-binäre Formen zu finden seien. Diese Erkenntnis zieht sich durch viele weitere Untersuchungen, die übereinstimmend darauf hinweisen, dass Redaktionen sich entsprechend ihrer generellen politischen Ausrichtung mehr oder weniger pragmatisch positioniert haben: Die Kritiker von Sonderschreibweisen wie Sternchen und andere stammen eher aus dem konservativen Spektrum (zum Beispiel Springer Verlag), die Befürworter eher aus dem linken (zum Beispiel die taz) (vgl. Payr 2022: VII; Zylka/Grimberg 2021). Häufig wird die generelle Notwendigkeit einer gendersensiblen Haltung auch auf der liberalen und konservativen Seite betont, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass aus pragmatischen und praktischen Gründen auf deren sprachliche Umsetzung verzichtet wird (dazu später mehr in Kapitel 4).

3. Die Sprache als journalistisches Handwerkzeug

Sprache ist Gegenstand primär der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, aber auch der Neurowissenschaften. Sie wird – unabhängig

von ihrer spezifischen Ausprägung – als ein zentrales Mittel betrachtet, mit dem Menschen ihre Umwelt kognitiv und sozial erschließen (vgl. Piaget 1992; Berger/Luckmann 1969). Der Erwerb von Sprache ist dabei nicht nur ein sozialer und kommunikativer Lernprozess, sondern zugleich ein kognitiver Mechanismus, durch den spezifische Denkmuster im Gehirn ausgebildet werden. Diese mentalen Strukturen können aktiviert, modifiziert und erweitert werden, um auf neue soziale oder individuelle Anforderungen zu reagieren (vgl. Lakoff 2016 sowie Lakoff/Johnson 1980). In diesem Zusammenhang fungiert Sprache als ein zentrales Instrument zur Reduktion der Komplexität der sozialen Lebenswelt (vgl. Dernbach 2019). Ursprünglich vollzog sich diese Erschließung primär über orale Kommunikationsformen, wurde jedoch im Verlauf der Menschheitsgeschichte wesentlich durch die Verschriftlichung erweitert, was neue Formen des Denkens, Erinnerns und gesellschaftlichen Handelns ermöglichte (vgl. Erfurt 1996 sowie Merten 1994).

Sprache ist im Journalismus nicht nur ein Transportmittel von Informationen, sondern erfüllt eine Vielzahl kommunikativer, kognitiver und gesellschaftlicher Funktionen. Als zentrales Werkzeug journalistischer Praxis dient Sprache der Selektion, Strukturierung und Bewertung von Wirklichkeit. Mit sprachlichen Mitteln wird nicht nur über Ereignisse berichtet, sondern zugleich ihre Relevanz konstruiert – ein Prozess, der als „Wirklichkeitskonstruktion“ beschrieben wird (vgl. Löffelholz 2004: 64). Dabei operieren Journalisten innerhalb spezifischer sprachlicher Konventionen, die je nach Textsorte, Medium und Zielpublikum variieren (vgl. Dernbach 2019). In Nachrichten dominiert in der Regel eine sachlich-nüchterne Sprache, während in Kommentaren oder Glossen eine stärker wertende und expressive Ausdrucksweise zulässig ist oder sogar erwartet wird.

Zudem ist Sprache im Journalismus ein machtvoll Instrument der (politischen) Meinungsbildung. Sie kann Deutungsmuster etablieren, Frames setzen und Narrative formen, die langfristig gesellschaftliche Wahrnehmungen prägen (vgl. Entman 1993 sowie Wehling 2016). Insbesondere durch die Auswahl sprachlicher Bilder (Metaphern) und Begriffe kann eine Einflussnahme auf das Publikum erfolgen, ohne dass diese immer bewusst wahrgenommen wird. Die sprachliche Gestaltung journalistischer Texte steht damit in einem Spannungsverhältnis zwischen Objektivität und Subjektivität, zwischen Informationsvermittlung und Wirklichkeitsdeutung (vgl. unter anderem Steiner-Hämmerle 2023).

Journalistische Sprache ist also nie neutral, sondern stets geprägt durch Auswahl, Perspektive und sprachliche Gestaltungsmittel (vgl. Häusermann

1993; Kurz unter anderem 2010). Auch das Sprechen über journalistische Sprache ist nicht frei von Polemik und Provokation und lässt die im Hintergrund liegende gesellschaftspolitische Haltung durchschimmern. Der häufig in Medien als „Sprachpapst“ (Heine 2022) titulierte Wolf Schneider, der an der Henri-Nannen-Schule hunderte von Journalisten ausgebildet und zahlreiche Sprach-Ratgeber verfasst hat, positioniert sich deutlich:

„Die ganze Gender-Debatte ist eine Wichtigtuerei von Leuten, die von Sprache keine Ahnung haben. Zwischen dem natürlichen und dem grammatischen Geschlecht besteht nicht der geringste Zusammenhang. Wie könnte es sonst das Weib heißen? Der Löwe, die Schlange, das Pferd. Obwohl sie alle dieselben zwei Geschlechter haben. Die Führungskraft ist heute überwiegend ein Mann – und keiner hat sich je beschwert. Die Liebe ist weiblich, dabei soll es bleiben“ (Geisler/Vehlewald 2022).

Statistisch betrachtet ist die Führungskraft heute immer noch ein Mann. Die am 11. Juni 2021 im Deutschen Bundestag beschlossene Frauenquote in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst verändert die Verhältnisse nur langsam.

Abgesehen von seiner Provokation haben Schneider und Dutzende anderer (wie Häusermann 2011, Linden 2000) klare Vorstellungen der Sprache als journalistischem Handwerkszeug (gehabt). Im Vordergrund stand das Konzept, mit einfacher Sprache komplexe politische, ökonomische und kulturelle Sachverhalte einfach und verständlich zu erklären. Dazu gehören vor allem:

- kein hochgestochener Nominalstil
- Adjektive in Maßen
- Doppelungen vermeiden
- aussagekräftige Verben verwenden
- präzise formulieren.

Diese Praxistipps stammen allerdings aus einer Zeit, als die gesellschaftliche und mediale öffentliche Debatte über das Gendern noch nicht richtig begonnen hatte – was sie nicht als völlig überaltert deklarieren, aber markieren soll, dass der Blick stärker normativ auf handwerklich-professionelle Regeln gerichtet war.

4. Die redaktionellen Binnenregeln im Hinblick auf Framing und Gendern

Auf die generellen Prämissen beziehen sich auch heute noch alle deutschen Medienredaktionen – legen sie allerdings im Hinblick auf die Verwendung gendergerechter Sprache sehr unterschiedlich aus. Dies wird sowohl in den jeweiligen Schreib- oder Sprechweisen als auch in den Kommentierungen zum Thema gendergerechte Sprache deutlich. Konservative Medien wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung haben vor allem konservativen Linguisten eine mediale Plattform geboten (siehe unter anderem Eisenberg 2021; Ammer 2020; siehe auch Dernbach 2024). Publikationen, die eher als links-liberal gelten – allen voran die Süddeutsche Zeitung (vgl. Wittwer 2021) – haben sich in ihren Leitlinien bis dato an die Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung (RdR) gehalten und keine Sonderzeichen eingesetzt oder präferieren Partizipbildungen (vgl. Bargmann 2020; Übersicht in Zylka/Grimberg 2021). „Die Befürworter stammen meist aus dem politisch linken Spektrum, die Kritiker aus dem rechten. Das zeigt, dass die Einstellung zum Gendern auch ideologisch geprägt ist – beim Pro oder Kontra geben leider nur in den seltensten Fällen sprachwissenschaftliche Überlegungen den Ausschlag“ (Payr 2022: VII).

Generell sind aus den unterschiedlichen redaktionellen Leitlinien folgende Kriterien herauszukristallisieren:

1. Grad der Standardisierung:
 - i) gendersensible Sprache mit Verwendung von Gendersternenchen (*), Doppelnennungen (zum Beispiel „Leser und Leserinnen“) oder neutrale Formulierungen wie „Lesende“;
 - ii) flexible Ansätze: Entscheidungen bleiben den Autoren überlassen, um ihren Schreibstil nicht einzuschränken,
 - iii) konservative Position: Verwendung des generischen Maskulinums; linguistische Argumentation der Sprachentwicklung.
2. Sprachliche Lesbarkeit und Ästhetik:

Redaktionen wägen ab, ob sie Verständlichkeit und Sprachästhetik oder Inklusivität priorisieren.
3. Zielgruppenspezifische Überlegungen:
 - i) junges, progressives Publikum erwartet inklusive Sprache, die Diversität berücksichtigt,
 - ii) konservative und ältere Leser empfinden gendersensible Sprache als störend.
4. Gesellschaftliche Verantwortung und Vorbildfunktion:

Redaktionen, die für sich eine zentrale Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung einnehmen (zum Beispiel aufgrund der Reichweite), sehen einen Einfluss sprachlicher Entscheidungen auf die Wahrnehmung und Akzeptanz von (sozialen) Normen.

5. Technologische Herausforderungen:

- i) Umsetzung gendersensibler Sprache in digitalen Formaten (zum Beispiel Suchmaschinenoptimierung, Barrierefreiheit für Screenreader) ist für Menschen mit Sehbehinderungen schwer zu interpretieren,
- ii) Datenschutz.

In der folgenden Tabelle (Abbildung 1) wird ein Teil dieser Aspekte zusammengestellt und ergänzt um die Kriterien Position (gegenüber der Verwendung gendersensibler Sprache), Begründung für und gegen Sonderzeichen, mediales Framing in der Berichterstattung sowie Fokus auf spezielle journalistische, redaktionsinterne Regelungen und ihre Begründung. Eingearbeitet beziehungsweise im Ergebnis erkennbar ist die Komplexität des Themas, denn es ergeben sich nicht nur Pole, sondern auch Mischformen. Das bedeutet: Redaktionen, die eher wohlwollend gegenüber gendergerechter Sprache und ihrer konsequenten Sichtbarkeit in der öffentlichen Debatte sind, verzichten selbst in ihren Beiträgen auf diese Kennzeichnung in Form von Sonderzeichen und regeln die Frage pragmatisch.

Alle Mediengattungen sind in die Diskussionen involviert beziehungsweise reagieren in unterschiedlicher Weise. Im ZDF gibt es laut Information der Chefredakteurin Bettina Schausten (Huber 2023) weder ein Ge- noch ein Verbot für gendersensible Sprachverwendung. Der Sender wolle alle erreichen, weshalb in Angeboten für Jüngere gegendert werde, in anderen hingegen nicht. Den ARD-Anstalten bleibt der Umgang mit Sprache überlassen (ARD ohne Jahr). Der Hessische Rundfunk „bevorzugt geschlechtersensible Sprache im Unternehmen und im Programm, weil sie alle meint, alle zeigt und alle anspricht. Das unterstützt den Hessische Rundfunk als gemeinwohlorientierter Sender in seinem Programmauftrag“ (Hessischer Rundfunk ohne Jahr).

Position Verwendung gendersensibler Sprache	Begründung für/gegen die Verwendung von Sonderzeichen	Mediales Framing in der Berichterstattung im Hinblick auf die hinter der Position liegende Wirkung	Journalistische, redaktionsinterne Regelungen und deren Hintergründe/Begründungen
1. <i>Gegen</i> die Verwendung gendersensibler Sprache	Überwiegend linguistische Argumentation: Generisches Maskulinum entspricht den gefestigten Sprachstrukturen; Unterscheidung biologisches und grammatikalisches Geschlecht = sexusneutral	Gendersensible Sprache irritiert, verbreitet Chaos, widerspricht den Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung	Keine Sonderzeichen im Sinne von Ästhetik, Transparenz und Orientierung für die Leserschaft Abstufung: wenn möglich, neutrale Formulierungen
2. <i>Für</i> die Verwendung gendersensibler Sprachformen, vor allem Sonderzeichen	Sprache lebt und entwickelt sich; sozialpsychologische Argumentation der Festigung von Rollenstereotypen	Tradierte Sprache festigt Rollenstereotype; Sprache verändert gesellschaftliche Wirklichkeit und umgekehrt	Verwendung von Sonderzeichen Pragmatische Variante: Verwendung von maskulinen und femininen Pluralformen oder Partizipbildungen (wie Lesende)

Im Folgenden sollen die oben herausgearbeiteten Merkmale an drei überregionalen Tageszeitungen konkretisiert werden, die unterschiedlichen politischen Spektren angehören, aber nicht repräsentativ sind für die Gattung Printmedien: der in Berlin erscheinenden links-alternativen Tageszeitung (*taz*), der links-liberalen Süddeutschen Zeitung (*SZ*) aus München und der in Frankfurt produzierten konservativen Tageszeitung Frankfurter Allgemeine Zeitung (*FAZ*). Dargestellt werden die Positionen, wie sie von den Redaktionen selbst kommuniziert werden. Die jeweils dahinterstehenden Motive können möglicherweise aus der generellen Haltung gegenüber gesellschaftspolitischen Themen und Veränderungen erahnt, aber ohne eine ausführliche Analyse nicht belegt werden.

Die Tageszeitung (*taz*) präferiert seit ihrer Gründung als Genossenschaft im Jahr 1978 eine „progressive und inklusive Sprache“; in allen Artikeln stehen gendersensible Formulierungen mit Gendersternchen (zum Beispiel „Leser*innen“) oder andere inklusive Sprachformen, um alle Geschlechter anzusprechen und Diskriminierung zu vermeiden. Dies solle die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und geschlechtergerechte Sprache fördern und gehöre zum Selbstverständnis des linksalternativen Mediums (vgl. *taz* 2023), das sich für soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung einsetze.

Mittels Sprache sollen gesellschaftliche Missstände thematisiert und marginalisierte Gruppen sichtbar gemacht, mit gezielter Wortwahl und Themenauswahl soziale und politische Debatten sowie progressive Perspektiven angestoßen werden. Die seit Jahren anhaltenden Debatten sieht die Redaktion allerdings als kontraproduktiv, sie bringe „das Gendern in Verruf. Denn der Diskurs driftet ins Dogmatische ab und fördert so Verbote“ (Schwab 2021).

Die taz-Redakteurin Noemi Molitor (2024) schreibt: „Unser Handwerk im Journalismus ist die Sprache. Bei genau diesem Werkzeug lohnt es sich also, genau hinzuschauen und auch ethische Fragen an orthografische Regeln zu stellen. Sei es in der Berichterstattung oder beim Schreiben im Allgemeinen.“ Dies äußert sie in dem Kontext, dass „Deutsch [...] nie ungegenderte Sprache“ war: „überall genderte Artikel, Pronomen und Wortendungen“.

Für die Chefredakteurin der Süddeutschen Zeitung, Judith Wittwer (2021), ist gendersensible Sprache „keine Frage von Sonderzeichen“, sondern etwas „Lebhaftes“, das täglich um neue Wörter bereichert werde. Aufgrund der (sprachlichen) „Political Correctness und [...] [der] sozialen Medien ist die Diskussion um eine diskriminierungsfreie Sprache für viele von den Rändern gar ins Zentrum gerückt“. Zeitungen haben „eine Vorbildfunktion“. Die Texte sollten „für möglichst viele (im Idealfall alle) Leserinnen und Leser verständlich“ sein. Vor allem jugendliche Leser dürften in einer Zeitung nicht auf eine „Rechtschreibung stoßen, die ihnen in der Schule als Fehler angekreidet würde“ (ebd.). Dementsprechend offen, aber zurückhaltend und pragmatisch verhält sich die Redaktion intern und nach außen hin in ihrer Berichterstattung.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) beruft sich auf ihren Gründungsauftrag, „für Freiheit einzustehen – für den einzelnen Menschen wie für unser Land“ (FAZ ohne Jahr). Diese Freiheit des selbstbestimmten Denkens beginne im Kopf. „Die Frankfurter Allgemeine lässt Komplexität und Widersprüche zu, liefert Denkanstöße und gibt Raum für kontroverse Gedanken. Damit fordert sie ihre Leser zum Nachdenken heraus und unterstützt sie bei der selbstbestimmten Meinungsbildung, bei der Überprüfung ihrer Haltung und bei der Formulierung eigener Positionen“ (ebd.). Gendersensiblen Sprachformen steht die Redaktion kritisch gegenüber und begründet dies mit sprachlicher Tradition, Lesbarkeit und Ästhetik. Aus zahlreichen Beiträgen ist herauszulesen, dass die FAZ generell eine kritische Position zum Gendern einnimmt, sie für ungerecht hält und die Politik auffordert, für die Einhaltung der Regeln zu sorgen (vgl. Schmoll 2024). Die FAZ gehört zu den Medien, die Gegnern der sprachlichen Veränderun-

gen regelmäßig eine Plattform bieten, sei es Linguisten wie Peter Eisenberg (2020 und 2021), der Autorin Elke Heidenreich oder dem Kulturstaatsminister Wolfram Weimer, der Gendersprache in seiner Behörde verboten hat. Die FAZ-Redakteurin Heike Schmoll (2025) holt verbal bisweilen kräftig aus, wenn sie sich zum Thema äußert, beispielsweise in einem Kommentar zum Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das das Generische Maskulinum in Gerichtsurteilen für ausreichend erachtet, um gendergerecht zu kommunizieren.

5. KI und ihre Auswirkung auf die journalistische Sprache

In der Diskussion um gendersensible Sprache spielt inzwischen auch der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) eine wachsende Rolle, da textgenerierende Systeme (wie unter anderem Chatbots) oder Übersetzungsprogramme die Wahl sprachlicher Mittel maßgeblich mitgestalten. So zeigen erste Analysen, wie maschinelle Übersetzungssysteme (wie *Google Translate*, *DeepL* etc.) mit genderfairer Sprache umgehen. Ergebnis: Die Systeme neigen stark dazu, maskuline Formen zu verwenden; neutrale beziehungsweise inklusive Alternativen sind verschwindend selten (0 – 2 Prozent) – selbst wenn Kontext vorliegt (Lardelli/Gromann 2023). Text-KIs reagieren auf Eingaben mit Gendersternen unterschiedlich: Manche Modelle übernehmen diese konsequent, andere ignorieren sie und geben stattdessen generische Maskulina oder Doppelnennungen aus. Der Umgang der KI mit diesen Spezifika hängt stark von den Trainingsdaten und den Voreinstellungen der Entwickler ab. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass stereotype Daten oder unzureichend reflektierte Trainingsansätze bestehende Ungleichheiten reproduzieren und durch automatisierte, massenhaft verbreitete Texte stereotype Muster noch verstärken. KI könnte eine produktive Funktion in der Versachlichung der Debatte übernehmen, indem sie flexible Optionen für verschiedene Sprachstile anbietet oder Nutzende transparent über Alternativen informiert. Ob KI die Diskussion um gendersensible Sprache also entspannt oder verschärft, hängt maßgeblich von der Transparenz, der Reflexivität und der Partizipation vielfältiger gesellschaftlicher Gruppen in der Entwicklung dieser Technologien ab. Eine bewusste Integration gendersensibler Sprachmuster in Trainings- und Feintuningprozesse könnte dazu beitragen, diskriminierungsarme und inklusivere Sprachformen zu fördern. Balestri (2025) entdeckt in einer aktuellen Studie, dass die neueste Version von *Google Gemini 2.0 Flash Experimental* tatsächlich seltener

Geschlechterverzerrung zuungunsten des weiblichen Geschlechts aufweist, insbesondere da bei spezifischen Eingaben die Akzeptanzraten im Vergleich zu den Ergebnissen von *ChatGPT- 4.0* deutlich gestiegen sind.

Der Einsatz von KI-Tools in den bisher zu findenden Positionspapieren beziehungsweise redaktionellen Leitlinien wird vor einem stark ethisch geframten Kontext definiert. Das Media Lab Bayern (2025), ein Innovation Hub für digitale Medien, hat ein ausführliches Dokument über die Möglichkeiten und Grenzen von KI im Journalismus erstellt. Neben Einordnungen, differenzierenden Erklärungen und Benennung konkreter Anwendungsfelder werden auch ethische Aspekte angerissen: Da Gesetze und Richtlinien auf internationaler, EU- und nationaler Ebene allein nicht ausreichen, müssten alle Medien-Unternehmen jeweils eigene Verhaltenskodizes oder Transparenzrichtlinien ausarbeiten. Eine der großen Herausforderungen für die Entwicklung und den Einsatz von KI im Journalismus seien unbewusste Vorurteile (*unconscious bias*) (vgl. ebd.). Aufgrund der Tatsache, dass die in Deutschland eingesetzten Tools überwiegend aus den USA stammen, werden die in KI eingebauten Stereotype regelmäßig reproduziert – das ist sehr sichtbar in KI-gestützten Personalauswahlprozessen, vor allem im Hinblick auf die Geschlechterdiskriminierung (vgl. Trzensimiech 2023).

Beispielhaft wird auf das Positionspapier des Deutschen Journalistenverbandes (DJV ohne Jahr) verwiesen, aus dem hier zitiert wird:

„Eine Veröffentlichung von automatisiert bzw. mit KI erzeugten Beiträgen ohne die Beteiligung oder die effektive Eingriffsmöglichkeit von Journalistinnen und Journalisten darf nicht stattfinden. Redaktionen sollen klar geregelte Abnahme- und Freigabeprozesse für journalistische Inhalte etablieren. Ungeachtet der automatisierten Erstellung und/oder Distribution von journalistischen Inhalten durch Künstliche Intelligenz bleibt stets diejenige Redaktion für die Inhalte publizistisch verantwortlich...“

Der Bayerische Rundfunk (BR) hat im Jahr 2024 eine KI-Richtlinie erlassen, in der unter anderem steht:

„Wir beschreiben KI-Technologie als technische Systeme und vermeiden vermenschlichende, irreführende Formulierungen. Insbesondere der Vergleich mit menschlicher Intelligenz und menschlichen Fähigkeiten wie Sprechen, Schreiben oder Denken stellt die Funktionen der Technologie oft als falsch und übermächtig dar. Dies betrifft auch den Gebrauch

von Metaphern und Bildsprache, die den irreführenden Eindruck künstlicher Lebewesen verstärken. Daher vermeiden wir diese Art der Bebilderung und Beschreibung in unseren Publikationen.“

Rieke C. Harmsen, Chefredakteurin Online beim Sonntagsblatt, betont, dass die Redaktion KI für „den kreativen Prozess“ nutzt, also für Ideen und Vorschläge zu Überschriften und ähnliches. Um Fakten zu belegen, werden ausschließlich seriöse Quellen erschlossen, also in der Regel persönliche Gespräche mit Expertinnen und Experten (vgl. Harmsen 2024).

6. Fazit: Ethikbasierte Sprache im Journalismus

Am Schluss werden die wesentlichen Aspekte der Debatte zusammengefasst:

- Das Konfliktfeld liegt zwischen (sprach-)wissenschaftlich, historisch begründeten Syntax-, Grammatik-, Lexik- und Orthographieregeln und der sprachlichen, tradierten Anwendungspraxis in der Gesellschaft oder: zwischen dem Genus (grammatisches Geschlecht – Generisches Maskulinum beim Plural) und Sexus (natürliches Geschlecht). In der Auseinandersetzung wird zudem die medizinisch-biologisch mehrheitlich vertretene Perspektive der Binarität zwischen den zwei Geschlechtern Mann und Frau in Frage gestellt.
- Gesellschaftspolitischer Konsens ist die Notwendigkeit der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung aller Menschen – gleichgültig welchen Geschlechts.
- Unbestritten ist ebenfalls, dass Sprache ein zentrales Kulturgut ist, das gelebt wird und sich verändert.
- In jeder Sprachkultur bestehen Institutionen, die – wie der Rat für deutsche Rechtschreibung (RdR) – die Normen des Sprachgebrauchs beobachten und gegebenenfalls die Regeln anpassen. Dabei gilt immer die Korrelation zwischen gesellschaftlicher und individueller Freiheit einerseits, der Sprach- und Sprechfreiheit andererseits sowie die Grenzen der Verständlichkeit und der Erlernbarkeit von Sprache zu berücksichtigen.
- Politik positioniert sich in der öffentlichen und medialen Debatte, kann aber Verordnungen – auch im Sinne von Verboten – nur für die Verwendung der Sprache in staatlichen Einrichtungen (also Verwaltung und Schulen) erlassen.

Über das Thema Gendersprache und den Einsatz von Sonderzeichen wurde und wird nach wie vor sehr polarisiert diskutiert, insbesondere in den öffentlichen, politischen, aber auch wissenschaftlichen sowie medialen Arenen. Häufig ist Polemik das Stilmittel der Auseinandersetzung. Der Musiker und Publizist Fabian Payr (2022: VII) beobachtet „ein antiautoritäres Klima der orthografischen Freizügigkeit, das von einem unreflektierten Anpassen an Schreib- und Sprechmoden bis hin zum pflichtschuldigen Beachten von gendergerechten Schreibregeln reicht, die von einer akademischen Elite vorgegeben werden“. Zé do Rock² (2021: 49) fragt: „Wird die Welt gerechter, wenn man die Sprache umbaut?“ Er vergleicht die deutsche mit der englischen Sprache und beklagt, dass das Gendern deutsche Texte nur verlängere und man Gefahr laufe, als „Sexist, Chauvinist und Sonstist“ zu gelten, wenn man nicht „jedes Wort, das irgendwie einen Menschen beschreibt, mit einem *innen“ versehe (ebd.). Sein Artikel in der Wochenzeitung *Die Zeit* endet wie folgt:

„Und wenn alles nach Quoten gehen soll: Über ein Jahrhundert lang regierten in Deutschland weiße Männer, seit gefühlten Jahrzehnten eine weiße Frau, als Nächstes muss a schwarze Transsexuelli Bundeskanzli werden. Der Fußballo Boateng ist nicht zufällig transsexuell? Möglich natürlich, dass ihm Talent und Erfahrung fürs Regieren fehlen, aber er hätte wenigstens die richtige Farbe, und wenn er kein Transsexuell ist, na ja, er könnte es sich ja noch überlegen.“

Primär in Deutschland ist eine sehr politisch-inhaltlich überladene, polarisierte und polarisierende Sprach-Debatte zu beobachten, die eher einer vielfach polemischen Nicht-Diskussion vor allem zwischen Linguisten und Vertreterinnen der Genderforschung gleicht als der Suche nach einem Konsens. Es wird nicht zugehört und es werden keine Argumente ausgetauscht, sondern jeder beansprucht das Recht der richtigen Regel. Hinzu kommt, dass sich Politik – oder besser: einzelne Politiker – sehr populistisch einmischen. Die Medien schaukeln die Debatte hoch, indem sie der jeweiligen Position besonderen Platz einräumen (zum Beispiel in Form von Interviews oder Gastbeiträgen), sehr zugespitzte Positionen unkommentiert publizieren oder sie mit deutlichen Worten kommentieren. In den ersten Monaten des Jahres 2025 schien sich die Situation etwas beruhigt

2 Künstlername eines brasilianischen Schriftstellers, der seit den 1990er-Jahren in Deutschland lebt und sich in diversen Beiträgen mit der deutschen Sprache beschäftigt hat.

zu haben. Aber Gesetzesurteile wie die der Oberlandesgerichte Düsseldorf und Naumburg, dem Verfügern von Genderverboten in Behörden (wie zuletzt im Staatsministerium für Kunst und Kultur) befeuern die Auseinandersetzung der Kontrahenten auf der öffentlichen Bühne. Die Hoffnung bleibt, dass sich politische und publizistische Akteursgruppen auf die Einhaltung der in Grundgesetz Artikel 5, 1, 2 und 3 garantierten Rechte und Freiheiten besinnen. Jeder soll so sprechen dürfen, wie ihr oder ihm der Schnabel gewachsen ist. Verstehen und Verständnis hängen nicht primär und ausschließlich von Sternchen ab. Oder andersherum: Unsichtbarkeit, Missachtung und Diskriminierung von Menschen basieren auf einer antrainierten, mentalen Haltung und sind mit Gendersternchen und Co. nicht zu vertreiben. Die Lösung liegt in Bildung, die den Blick weitet, zu Offenheit und Toleranz führt.

Literatur

- AfD (2021): Antrag gegen Verwendung geschlechtergerechter Sprache abgelehnt (online unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw25-de-gendergerechte-sprache-846940> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Ammer, Jessica (Hg.) (2020): Die deutsche Sprache und ihre Geschlechter. Schriften der Stiftung Deutsche Sprache, Bd. 3, Berlin (online unter: <https://www.stiftung-deutsche-sprache.de/ddsuig.pdf> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- ARD: Gendern in der ARD (online unter: <https://hilfe.ard.de/artikel/gendern-in-der-ard/> – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Balestri, Roberto (2025): Gender and content bias in Large Language Models: a case study on Google Gemini 2.0 Flash Experimental, 18. März 2025 (online unter: <https://www.frontiersin.org/journals/artificial-intelligence/articles/10.3389/frai.2025.1558696/full> – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Bargmann, Kai (2020): Was tun mit Lesenden, Forschenden, Kandidierenden? (online unter: <https://www.better-media.de/bmwp/2020/02/was-tun-mit-lesenden-forschen-den-kandidierenden/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Bayerische Staatsregierung (2023): Damit Bayern stark und stabil bleibt – Regierungsprogramm der Zukunft, 5. Dezember 2023 (online unter: <https://www.bayern.de/damit-bayern-stark-und-stabil-bleibt-regierungsprogramm-der-zukunft/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Bayerischer Rundfunk (BR) (2024): KI-Richtlinien, 12. Juli 2024 (online unter: <https://www.br.de/extra/ai-automation-lab/ki-ethik-100.html> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1969): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt am Main.
- Braun, Sabine / Sczesny, Friedericke / Stahlberg, Dagmar (2005): Cognitive Effects of Masculine Generics in German: An Overview of Empirical Findings, in: Communications 30 (1/2005), S. 1–21. <https://doi.org/10.1515/comm.2005.30.1.1>

- Bündnis 90/ Die Grünen* (2015): Beschluss: Geschlechtergerechte Sprache in Anträgen an die BDK (online unter: Anträge-BDK-Sprache- Handreichung – letzter Zugriff: 17.9.2025).
- Cassarís, Lovis Noah A. S.* (2025): Die deutsche Sprache queeren: Zur geschlechtergerechten Sprachpraxis im Hochschulkontext, in: *Queer Studies* 45, Bielefeld. <https://doi.org/10.14361/9783839476611>
- Dernbach, Beatrice* (2019): Die Denkmuster in unseren Köpfen. Frames vereinfachen die mediale Diskussion über komplexe Themen, in: *Beatrice Dernbach / Alexander Godulla / Annika Sehl* (Hg.), *Komplexität im Journalismus*, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22860-6_6
- Dernbach, Beatrice* (2024): Denkmuster in unseren Köpfen und die Freiheitsgrade des Sprechens, in: *Netzwerk Wissenschaftsfreiheit* (Hg.), *Jahrbuch Wissenschaftsfreiheit*. 1. Band, Berlin, S. 63–81.
- Dernbach, Beatrice* (2025): Wie die gesellschaftliche Transformation in die Mediensprache kommt. Eine Exkursion von der Energiewende bis zum Gendersternchen, in: *Gabriele Mehling / Kristina Wied / Michael Wild* (Hg.), *Medien bewahren und verändern: Festschrift für Rudolf Stöber*, Berlin, Boston, S. 509–520. <https://doi.org/10.1515/9783111589732-033>
- Deutscher Journalistenverband (DJV)*: Positionspapier bezüglich des Einsatzes Künstlicher Intelligenz im Journalismus (online unter: https://www.djv.de/fileadmin/user_upload/DJV/INFORMATIONEN/medienpolitik/DJV-Positionspapier_KI_2023-04.pdf – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Deutscher Presserat* (2025): Pressekodex, 19. März 2025 (online unter <https://www.presserat.de/presssekodex.html> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Diewald, Gabriele / Steinhauer, Anja* (2022): *Handbuch geschlechtergerechte Sprache*, 2. aktualisierte und erweiterte Aufl., Berlin.
- Duden*: Geschlechtergerechter Sprachgebrauch (online unter: <https://www.duden.de/sprachwissen/sprachratgeber/Geschlechtergerechter-Sprachgebrauch> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Eisenberg, Peter* (2020): Das missbrauchte grammatische Geschlecht – Gendern im Wandel, in: *Jessica Ammer* (Hg.), *Die deutsche Sprache und ihre Geschlechter*. Schriften der Stiftung Deutsche Sprache, Bd. 3, Berlin, S. 17–23.
- Eisenberg, Peter* (2021): Unter dem Muff von hundert Jahren, 8. Januar 2021 (online unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-duden-und-der-unsinn-der-gegenderten-sprache-17135087.html> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Entman, Robert* (1993): Toward Clarification of a Fractured Paradigm, in: *Journal of Communication* 43 (4/1993), S. 51–58. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>
- Erfurt, Jürgen* (1996): Sprachwandel und Schriftlichkeit, in: *Günther, Hartmut et al.* (Hg.), *Ein interdisziplinäres Handbuch internationaler Forschung*, Berlin, New York, S. 1387–1404. <https://doi.org/10.1515/9783110147445.2.9.1387>
- FAZ: Unsere Haltung. Freiheit beginnt im Kopf (online unter: <https://www.frankfurter-allgemeine.de/unser-selbstverstaendnis> – letzter Zugriff: 11.7.2025).

- Geisler, Sebastian / Vehlewald, Hans-Jörg (2022): Deutschlands oberster Sprachlehrer Wolf Schneider: „Gendern ist für Wichtiguer“, 02. August 2022 (online unter: <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/deutschlands-oberster-sprachlehrer-wolf-schneider-gendern-ist-fuer-wichtiguer-80889590.bild.html> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Gesellschaft für deutsche Sprache e. V. (GfdS) (2020): Leitlinien der GfdS zu den Möglichkeiten des Genderings, August 2020 (online unter: <https://gfdS.de/standpunkt-der-gfdS-zu-einer-geschlechtergerechten-sprache/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).³
- Grüne München: Andere Gender, andere Sitten!, (online unter: <https://www.gruene-muenchen.de/csd22/gendergerechte-sprache/> – letzter Zugriff: 17.9.2025).
- Harmsen, Rieke C. (2024): KI-Richtlinien der Sonntagsblatt-Redaktion: So arbeiten wir mit ChatGPT & Co., 27. März 2024 (online unter: <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/medien/ki-richtlinien-der-sonntagsblatt-redaktion> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Häusermann, Jürg (2011): Journalistisches Texten, Konstanz.
- Heine, Matthias (2022): Der letzte Sprachpapst, 11. November 2022 (online unter: <https://www.welt.de/kultur/medien/article242094047/Nachruf-auf-Wolf-Schneider-Der-letzte-Sprachpapst.html> – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Hessischer Rundfunk (HR): Geschlechtersensible Sprache im hr. Alle meinen, alle zeigen, alle ansprechen! (online unter: https://www.hr.de/unternehmen/backstage-und-meldungen/archiv-backstage-geschichten/geschlechtersensible-sprache-im-hr-v1.geschlechtersensible_sprache-100.html – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Huber, Joachim (2023): Gendern im ZDF: „Wir wollen niemanden belehren oder erziehen“. Interview mit ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten, 30. Januar 2023 (online unter: https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/zdf-chefredakteurin-bettina-schausten-im-interview-jan-bohmermann-notigt-mir-respekt-ab-9253296.html?icid=single-topic_9265968___ – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Kurz, Josef et al. (Hg.) (2010): Stilistik für Journalisten, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Lakoff, George (2016): Auf leisen Sohlen ins Gehirn: politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg.
- Lakoff, George / Johnson, Mark (1980): *Metaphors We Live By*, Chicago, London.
- Lardelli, Manuel / Gromann, Dagmar (2023): Gender-Fair (Machine) Translation. *New Trends in Translation and Technology*, S. 166–17, März 2023 (online unter: https://www.researchgate.net/publication/369948882_Gender-Fair_Machine_Translation#fullTextFileContent – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Linden, Peter (2000): *Wie Texte wirken*, Berlin.
- Müller-Spitzer, Carolin / Ochs, Samira (2024): Shifting social norms as a driving force for linguistic change: Struggles about language and gender in the German Bundestag (online unter: https://ids-pub.bsz-bw.de/frontdoor/deliver/index/docId/12493/file/Mueller_Spitzer_Shifting_social_norms_2024.pdf – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Payr, Fabian (2022): *Von Menschen und Mensch*innen*, Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36675-9>

3 Der letzte Zugriff am 16.9.2025 scheiterte, da die GfdS nur noch über eine verschlüsselte Verbindung zugänglich ist (HTTP Strict Transport Security (HSTS)).

- Piaget, Jean (1992): Das Erwachen der Intelligenz beim Kinde, München.
- Pusch, Luise (1984): Das Deutsche als Männersprache, Frankfurt am Main.
- Media Lab Bayern (2025): KI im Journalismus: Möglichkeiten & Grenzen, Media Trends, 23. Juli 2025 (online unter: <https://www.media-lab.de/de/blog/journalismus-und-ki-chancen-grenzen-von-kuenstlicher-intelligenz-in-den-medien/#ethische-grundsätze-beim-einsatz-von-ki-im-journalismus> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Molitor, Noemi (2024): „Von wegen Gendersprache“, Wider die „Grammatikarianer“, 16. August 2024 (online unter: <https://taz.de/Von-wegen-Gendersprache/!6027123/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Rat für deutsche Rechtschreibung (RdR) (2021): Geschlechtergerechte Schreibung: Empfehlungen vom 26.3.2021, 26. März 2021 (online unter: <https://www.rechtschreibrat.com/geschlechtergerechte-schreibung-empfehlungen-vom-26-03-2021/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Rat für deutsche Rechtschreibung (RdR) (2023): Geschlechtergerechte Schreibung: Erläuterungen, Begründung und Kriterien vom 15.12.2023, 15. Dezember 2023 (online unter: <https://www.rechtschreibrat.com/geschlechtergerechte-schreibung-erläuterungen-begründung-und-kriterien-vom-15-12-2023/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Reus, Gunter (o.D.): Sprache und Stil (online unter: <https://journalistikon.de/category/sprache-und-stil-des-journalismus/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Rock, Zé do (2021): Von innen, unnen und onnen, in: Die Zeit Nr. 32/2021, 06. August 2021 (online unter: <https://www.zeit.de/2021/32/geschlechtergerechte-sprache-diskriminierung-gendersternchen> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Schmoll, Heike (2025): Der Unsinn der Gendersprache, 31. Juli 2025 (online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/urteil-in-duesseldorf-der-unsinn-der-gendersprache-110614811.html> – letzter Zugriff: 16.9.2025).
- Schmoll, Heike (2024): Zum Gendern durch die Hintertür, 23. Januar 2024 (online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gendern-politik-muss-fuer-einhaltung-der-rechtschreibregeln-sorgen-19466572.html> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Schwab, Waltraud (2021): Debatte übers Gendern, In der Sackgasse, 12. September 2021 (online unter: <https://taz.de/Debatte-uebers-Gendern/!5797123/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Shell (2024): Einstellung Jugendlicher zum Thema Gendern nach Geschlecht in Deutschland im Jahr 2024 (online unter: <https://de-statista-com.thn.idm.oclc.org/statistik/daten/studie/1537944/umfrage/gendern-einstellungen-jugendlicher/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Stahlberg, Dagmar / Braun, Sabine / Sczesny, Friedericke (2001): Name Your Favorite Musician: Effects of Masculine Generics and of their Alternatives in German, in: Journal of Language and Social Psychology, 20 (4/2001), S. 464–469. <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0261927X01020004004>
- Stainer-Hämmerle, Kathrin / Ingruber, Daniela / Marschnig, Georg (Hg.): Verschwörungserzählungen und Faktenorientierung in der Politischen Bildung, Frankfurt am Main.
- taz (2023): Redaktionsstatut, 04. September 2023 (online unter: <https://taz.de/taz-die-tageszeitung/!vn5957750/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).

- Trzensimiech, Annika Christina (2023): Umfang und Reduktionsmöglichkeiten der Geschlechtsdiskriminierung in KI-gestützten Auswahlprozessen, in: Studentisches Magazin der HAW Hamburg, Bd. 4 Nr. 2. <https://doi.org/10.15460/apimagazin.2023.4.2.153>
- Trömel-Plötz, Senta (1982): Frauensprache: Sprache der Veränderung, Frankfurt am Main.
- Waldendorf, Anica (2023). Words of change: The increase of gender-inclusive language in German media, in: European Sociological Review, 40 (2/2023), S. 357–374. <https://doi.org/10.1093/esr/jcad044>
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing, Köln.
- Wittwer, Judith (2021): Transparenz-Blog: Warum verzichtet die SZ auf das Sternchen?, in: Süddeutsche Zeitung, 27. Juli 2021 (online unter: <https://www.sueddeutsche.de/kolumne/transparenz-blog-warum-verzichtet-die-sz-auf-das-sternchen-1.5364973> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Werner, Hendrick (2019): 20 Jahre Rechtschreibreform in den deutschen Printmedien, 01. August 2019 (online unter: <https://www.weser-kurier.de/bremen/kultur/20-jahre-rechtschreibreform-in-den-deutschen-printmedien-doc7e4dcr9s7qpm1lpr3lw> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- YouGov (2023): Finden Sie geschlechtergerechte Sprache, sogenanntes Gendern, wichtig oder unwichtig?, 07. März 2023 (online unter: <https://de-statista-com.thn.idm.oclc.org/statistik/daten/studie/1536019/umfrage/gendern-relevanz-nach-partiepraerenz/> – letzter Zugriff: 11.7.2025).
- Zylka, Jenni / Grimberg, Steffen (2021): Wie deutsche Medien mit der Genderfrage umgehen, 06. Juli 2021 (online unter: <https://www.mdr.de/medien360g/medienwissen/wie-medien-gendern-100.html> – letzter Zugriff: 11.7.2025).